



An den Grossen Rat

12.5373.02

ED/P125373

Basel, 4. März 2015

Regierungsratsbeschluss vom 3. März 2015

Anzug Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend „verbesserte Unterstützung für Primarlehrkräfte“

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 7. Februar 2013 den nachstehenden Anzug Annemarie Pfeifer und Konsorten dem Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen:

„Seit wenigen Jahren wird die Integration von behinderten und verhaltensauffälligen Kindern in die Normalklassen umgesetzt. Die Kleinklassen werden grossenteils abgeschafft. Die Zusammensetzung der Klassen wird noch vielfältiger, das Lehrteam vergrössert sich. Bereits wird in den Medien diskutiert, ob die Entscheidung für die flächendeckende integrative Schule falsch war.

Die Ansprüche an eine Primarlehrperson haben sich in den letzten Jahren stark verändert von einem "Einpersonenbetrieb" zu einem "Manager" in einem Betreuungsteam. Erfahrene Lehrpersonen sind starken Veränderungen ausgesetzt und junge Ausbildungsabgänger kommen mit minimen heilpädagogischen Kenntnissen "auf den Markt." Der punktuelle Einsatz von Speziallehrkräften kann diesen Mangel nicht ausgleichen und bringt oftmals eine Unruhe in die Klasse.

Ausserdem hat sich die Praxiszeit während der Ausbildung verändert und die Studierenden haben weniger oft direkten Kontakt mit den Kindern. Es ist auch nicht gewährleistet, dass sie in jeder Stufe eingeteilt werden.

Die Klassenlehrer tragen die Hauptlast dieser Veränderungen. Vom Lohn her sind sie aber gegenüber den Heilpädagogen schlechter gestellt. Primarlehrpersonen müssen deutlich mehr Stunden leisten als etwa Oberstufenlehrkräfte (Primarschule 28, Gymnasium 22) bei schlechterer Entlohnung und diversifizierteren Klassen. Es scheint, dass die neuen Anforderungen noch keinen Eingang ins Lohngefüge gefunden haben.

Die Burnout-Quote hat sich in den letzten Jahren deutlich erhöht.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten,

- Wie er in der Ausbildung der jungen Lehrpersonen sicherstellt, dass diese ausreichendes heilpädagogisches Fachwissen erwerben.
- Wie er sicherstellt, dass die Ausbildung praxisbezogen bleibt.
- Wie er der zunehmenden Tendenz zum Burnout bei Lehrpersonen begegnen will.
- Wie er die zunehmend geforderten Leitungskompetenzen bei Lehrpersonen mit einer verbesserten Entlohnung abgelten will.
- Wie er allgemein den Primarlehrkräfteberuf attraktiver gestalten und so einem Primarlehrermangel vorbeugen will.

- Zurzeit fehlen teilweise die Fachpersonen, welche Primarlehrkräfte unterstützen sollen. Es soll aufgezeigt werden, wie ein Pool von Fachkräften gebildet werden kann, welcher frühzeitig unterstützend eingreifen kann.
Annemarie Pfeifer, Christoph Wydler, Beat Fischer“

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

1. Ausgangslage

Das Behindertengleichstellungsgesetz (§ 20 Abs. 2), die Interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik (Sonderpädagogik-Konkordat, Art. 2 Abs. b), das revidierte Schulgesetz (§ 63a) und die vom Regierungsrat beschlossene Sonderpädagogikverordnung (§ 3 Abs. 3) verpflichten die Volksschule, Schülerinnen und Schüler mit besonderem Bildungsbedarf wenn immer möglich integrativ zu schulen. Der Unterricht im *Grundangebot* (§ 63a Schulgesetz) ist auf die individuellen Lernvoraussetzungen der Schülerinnen und Schüler abgestimmt. Reicht das Grundangebot nicht aus, stehen den betroffenen Schülerinnen und Schülern in einem zweiten Schritt *Förderangebote* (§ 63b Schulgesetz) zur Verfügung. Ist auch der Unterricht im Rahmen der Förderangebote für eine Schülerin bzw. einen Schüler nicht ausreichend, kommen *verstärkte Massnahmen* (§ 64 Schulgesetz) zum Zug. In diesem Fall kann die Volksschulleitung eine separative Schulung, z.B. in einem Spezialangebot der Volksschule oder in einer Sonderschule, verfugen.

Die Systemevaluation der integrativen Volksschule Basel-Stadt hat gezeigt, dass die Lehrpersonen die Integration als sinnvoll und wichtig einstufen und dass diese inmitten der Reformen nicht als stärkste Belastung empfunden wird (CHRISTIAN LIESEN: Systemevaluation der integrativen Volksschule Basel-Stadt. Interkantonale Hochschule für Heilpädagogik HfH, Zürich, Juni 2014).

Im Rahmen des Projekts „Systempflege“ sind Lehrpersonen der Primarstufe ab Februar 2015 eine Lohnklasse höher eingereiht.

2. Beantwortung der Fragen

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten,

Wie er in der Ausbildung der jungen Lehrpersonen sicherstellt, dass diese ausreichendes heilpädagogisches Fachwissen erwerben.

Die PH FHNW hat in ihre Studiengänge eine obligatorische Modulgruppe Heil- und Sonderpädagogik integriert. Diese führt im Rahmen verschiedener Lehrveranstaltungen in den Bereich der Inklusionspädagogik ein und bietet Grundlagen zum Umgang mit einer heterogenen Schülerschaft, die auch Kinder und Jugendliche mit besonderem Bildungsbedarf umfasst. Es werden Modelle, Methoden und Möglichkeiten des gemeinsamen Unterrichts behinderter und nicht behinderter Kinder und Jugendlicher sowie der integrierten Therapie im Unterricht vermittelt.

Neu ausgebildete Lehrpersonen sind somit gut auf die Thematik vorbereitet und haben gelernt, mit Fachleuten im pädagogischen Team zusammenzuarbeiten.

Wie er sicherstellt, dass die Ausbildung praxisbezogen bleibt.

Alle Lehrveranstaltungen der Pädagogischen Hochschule PH FHNW sind inhaltlich auf das Berufsfeld der Studierenden hin orientiert. Sie nehmen wichtige Fragen der späteren Berufstätigkeit angehender Lehrpersonen auf und vermitteln das notwendige Wissen. In diesem Sinne sind sie immer kompetenzorientiert angelegt.

Das Studium ist in die Bereiche (1) Erziehungswissenschaften, (2) Fachwissenschaften und (3) Fachdidaktiken sowie (4) berufspraktische Studien gegliedert.

Kernelement ist der Studienbereich „Berufspraktische Studien“, der zugleich der umfangmässig grösste der vier Studienbereiche ist (49 ECTS Punkte im Studiengang Primar versus 39 Erziehungswissenschaften und je 36 Fachdidaktik und Fachwissenschaften). In diesem Studienbereich lernen Studierende, ihr Wissen mit praktischem Handeln zu verbinden und so ein tragfähiges Professionswissen zu entwickeln. Die Elemente der berufspraktischen Studien sind Praktika, Reflexionsseminare und Mentorate.

Die *Praktika* finden in einer definierten, aufbauenden Reihenfolge statt und fokussieren jeweils auf einen besonderen Aspekt der Schulpraxis. In den *Reflexionsseminaren*, die mit einem Praktikum gekoppelt sind, lernen die Studierenden, ihren Unterricht vorzubereiten, zu analysieren, zu reflektieren und zu optimieren. In *Mentoraten* wird in einer kleinen, über das ganze Studium gleich bleibenden Gruppe die Professionsentwicklung der Studierenden begleitet. Es wird thematisiert, wie sich Studierende auf die Anforderungen ihres Berufs einstellen und wie sie das Studium für ihre Professionalisierung angemessen nutzen können.

Wie er der zunehmenden Tendenz zum Burnout bei Lehrpersonen begegnen will.

Die Arbeitsbedingungen und Belastungen der Lehrpersonen im Kanton Basel-Stadt wurden im Jahr 2002 im Rahmen einer durch das Erziehungsdepartement beim Institut für Arbeitsforschung und Organisationsberatung Zürich in Auftrag gegebenen Studie erfasst (EBERHARD Ulich: Arbeitsbedingungen, Belastungen und Ressourcen der Lehrkräfte des Kantons Basel-Stadt. Zürich, 2002). Gestützt auf die Ergebnisse dieser Studie wurde daraufhin die Beratungsstelle für Lehrpersonen am Pädagogischen Zentrum PZ.BS eingerichtet. Die Gegenüberstellung der Resultate der sog. Ulich-Studie mit einer im Jahr 2012 durchgeführten Befragung der Freiwilligen Schulsynode FSS stützt die These der Anzugstellenden einer zunehmenden Tendenz zum Burnout bei Lehrpersonen im Kanton Basel-Stadt nicht.¹

Eine neue, von der Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW im Auftrag des Nationalfonds durchgeführte Studie stellt fest, dass 87.2 Prozent der Lehrpersonen in der Schweiz Spass am Beruf haben. Untersucht wurden u.a. das Arbeitsengagement der Lehrpersonen und deren Engagement für die Schulentwicklung. Dabei erwiesen sich Fachwissen, pädagogisches Wissen und Können sowie die unterstützende Kooperation mit Kolleginnen und Kollegen als Schlüssel für eine erfolgreiche Lehrtätigkeit.²

Ein wichtiger Teil der Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule PH FHNW ist dem Aufbau eines angemessenen Rollenverständnisses und der Entwicklung beruflicher Kompetenzen gewidmet. Dazu dienen namentlich die berufspraktischen Studien mit den begleitenden Studiengängen (s. Beantwortung der Frage zum Praxisbezug der Ausbildung). Im Rahmen der Optimierung der Studiengänge ist zudem eine Neukonzeption der Berufseignungsabklärung, auf deren Grundlage sich Studierende ganz am Anfang des Studiums ein realistisches Bild von den Herausforderungen des Berufs und ihrer eigenen Eignung machen können, geplant.

Ein weiterer wichtiger Faktor zur Vorbeugung eines Burnouts ist eine gute Unterstützung in der berufsbiografisch heiklen Einführungsphase. Der Berufseinstieg im Kanton Basel-Stadt wurde deshalb neu konzipiert. Für Berufseinsteigerinnen und –einsteiger bietet die Berufseinführung während zweier Jahre Austausch in einer geleiteten, von ihrer Schule losgelösten Gruppe. Mentorate bieten Berufseinsteigerinnen und –einsteigern (= sog. allgemeine Praxisbegleitung) und

¹ Während im Rahmen der sog. Ulich-Studie knapp 30 Prozent der Lehrpersonen kritische Werte für emotionale Erschöpfung aufwiesen, gaben bei der Befragung der FSS 72 Prozent der Befragten an, gerne mit Kindern und Jugendlichen zusammen zu arbeiten.

² Doris Kurz Heim et al.: Effekte von arbeitsbedingten und personalen Ressourcen auf das Arbeitsengagement und das Engagement für die Schulentwicklung bei Lehrpersonen. In: Empirische Pädagogik, 28(2)

Lehrpersonen, die ein neues Fach unterrichten (= sog. fachspezifische Praxisbegleitung) oder die neu an die Schule kommen (= sog. Arbeitsplatz Einführung) eine individuelle Begleitung am Arbeitsplatz.

Wie er die zunehmend geforderten Leitungskompetenzen bei Lehrpersonen mit einer verbesserten Entlohnung abgelten will.

Als Ergebnis der Systempflege sind Lehrpersonen der Primarstufe per 1. Februar 2015 eine Lohnklasse höher eingereiht. Diese Höhereinreihung resultiert aus der neuen Ausbildung für die Primarstufe (Fachhochschulbachelor) und darauf, dass die Anforderungen an Primarlehrpersonen aufgrund der Verlängerung der Primarschule in unterschiedlichen bewertungsrelevanten Bereichen gestiegen sind.

Wie er allgemein den Primarlehrkräfteberuf attraktiver gestalten und so einem Primarlehrermangel vorbeugen will.

Mittelfristig wird im Kanton Basel-Stadt kein Lehrpersonenmangel an der Primarschule erwartet. Dennoch ist der Kanton bestrebt, junge Lehrpersonen möglichst frühzeitig für seine Schulen zu gewinnen. Mit der Neukonzeption der Berufspraktischen Studien im Rahmen der Ausbildung an der PH FHNW soll eine langfristig angelegte Kooperation der Hochschule mit dem Schulumfeld erreicht werden. Die Studierenden bleiben als Gruppe über einen längeren Zeitraum hinweg an ein bis zwei Tagen pro Woche in einer sog. Partnerschule. Praxislehrpersonen und je zwei Studierende bilden Unterrichtsteams, die den Unterricht gemeinsam vorbereiten und durchführen. Die Studierenden werden als angehende Lehrpersonen ins Schulteam integriert und übernehmen schrittweise mehr Verantwortung im Unterricht und auf Schulebene. Die Partnerschulen verantworten in diesem Modell die berufspraktische Ausbildung mit und erhalten gleichzeitig die Möglichkeit, geeignete junge Lehrpersonen direkt ab Studium zu rekrutieren.

Zurzeit fehlen teilweise die Fachpersonen, welche Primarlehrkräfte unterstützen sollen. Es soll aufgezeigt werden, wie ein Pool von Fachkräften gebildet werden kann, welcher frühzeitig unterstützend eingreifen kann.

Den Schulen steht eine Vielzahl an Unterstützungsangeboten für den Schulalltag und die Bewältigung der Reformaufgaben zur Verfügung. Zu nennen sind insbesondere das Pädagogische Zentrum (PZ.BS), das Fachzentrum Förderung und Integration (F&I), die Kriseninterventionsstelle (KIS), die Stabsstelle Zusätzliche Unterstützung (verstärkte Massnahmen), der Schulpsychologische Dienst (SPD) und die Schulsozialarbeit. Ferner können die Schulen auf diverse externe Beratungen und Dienstleistungen zurückgreifen. Im Rahmen der Systemevaluation der integrativen Volksschule wurde deutlich, dass die Unterstützungsangebote von den Schulen als unterschiedlich hilfreich erlebt werden. Zum Teil ist der Bekanntheitsgrad vieler auch relevanter Unterstützungsangebote gering und die Abgrenzung zu wenig klar. Die Volksschulleitung hat deshalb den Auftrag erhalten, die Unterstützungsangebote der Fachstellen und Schuldienste noch besser auf die Bedürfnisse der Schulen auszurichten, Lücken zu füllen und Doppelspurigkeiten zu eliminieren.

3. Antrag

Aufgrund dieses Berichts beantragen wir, den Anzug Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend „verbesserte Unterstützung für Primarlehrkräfte“ abzuschreiben.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Marco Greiner
Vizestaatsschreiber